L 8 BA 56/24 B ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Betriebsprüfungen
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	L 8 BA 56/24 B ER
Datum	28.03.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 BA 56/24 B ER
Datum	05.06.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts KÄ¶ln vom 28.03.2024 wird zurÄ¼ckgewiesen.

Der Antragsteller trÄ¼gt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Der Streitwert fÄ¼r das Beschwerdeverfahren wird auf 14.176,89 Euro festgesetzt.

Ä

GrÄ¼nde

Ä

Die zulÄ¼ssige Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sozialgerichts (SG) KÄ¶ln vom 28.03.2024, mit dem dieses den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs vom 04.10.2023 gegen den Bescheid vom 21.09.2023 bis zu einer Nachforderungssumme in HÄ¼he von 56.707,54 Euro abgelehnt hat, ist nicht begrÄ¼ndet.

Â

Es spricht nach der im Verfahren auf GewÃ¤hrung einstweiligen Rechtsschutzes gebotenen summarischen PrÃ¼fung derzeit nicht wie erforderlich (vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 27.02.2023 â [L 8 BA 48/21 B ER](#) â juris Rn 5; Senatsbeschl. v. 21.10.2020 â [L 8 BA 143/19 B ER](#) â juris Rn. 4 m.w.N.) mehr dafÃ¼r als dagegen, dass sich der angefochtene Bescheid jedenfalls in HÃ¶he der im Beschwerdeverfahren streitigen, wegen versicherungspflichtiger BeschÃ¤ftigung des Herrn T. als Trockenbauer/Bauhelfer im Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2021 erhobenen Beitragsnachforderung als rechtswidrig erweisen wird. Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat auf die zutreffenden GrÃ¼nde der angefochtenen Entscheidung des SG Bezug, denen er sich insoweit vollumfÃ¤nglich anschlieÃt (vgl. [Â§ 142 Abs. 2 S. 3](#) Sozialgerichtsgesetz â SGG).

Â

Soweit der Antragsteller mit dem Beschwerdevorbringen insbesondere ergÃ¤nzend zu einer, seiner Auffassung nach vorliegenden unbilligen HÃ¤rte i.S.v. [Â§ 86a Abs. 3 S. 2 SGG](#) vortrÃ¼gt, ist eine solche auch weiterhin nicht hinreichend glaubhaft gemacht. HierfÃ¼r genÃ¼gt es nicht, unter Bezugnahme auf die betriebswirtschaftlichen Auswertungen der Jahre 2022 bis 2024 darzulegen, dass die Nachforderung nicht aus den Gewinnen der letzten Jahre bzw. den (laufenden) Einnahmen beglichen werden kÃ¶nne und dass es an PrivatvermÃ¶gen mangle. Vielmehr ist die Darlegung und Glaubhaftmachung des Beitragsschuldners erforderlich, er sei bei Fortsetzung seines GeschÃ¤ftsbetriebs unter Einhaltung aller rechtlichen Bestimmungen in der Lage, derart rentabel zu wirtschaften, dass die noch offene Beitragsforderung in Ã¼berschaubarer Zeit beglichen werden kann (st. Rspr. des Senats, vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 11.03.2024 â [L 8 BA 114/23 B ER](#) â juris Rn. 20; Beschl. v. 22.02.2022 â [L 8 BA 161/20 B ER](#) â juris Rn. 14 m.w.N.).

Â

Hinsichtlich etwaiger mit dem Forderungseinzug verbundener wirtschaftlicher HÃ¤rten bleibt es dem Antragsteller unbenommen, sich an die zustÃ¤ndige Einzugsstelle zu wenden. Diese hat als Anspruchsinhaberin bzw. gesetzliche Prozessstandschafterin des Anspruchs auf Zahlung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (vgl. [Â§ 28h Abs. 1 S. 3 SGB IV](#)) Ã¼ber Fragen des Forderungseinzugs zu befinden und insoweit Ã¼ber eine etwaige Stundung, einen Erlass oder die Niederschlagung der Beitragsforderung ([Â§ 76 Abs. 3 SGB IV](#)) sowie die Einstellung bzw. BeschrÃ¤nkung der Zwangsvollstreckung (vgl. [Â§ 257](#) Abgabenordnung) zu entscheiden (vgl. Senatsbeschl. v. 15.06.2020 â [L 8 BA 139/19 B ER](#) â juris Rn. 18).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 197a Abs. 1 S. 1 SGG](#) i.V.m. [Â§ 154 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung](#).

Â

Die Festsetzung des Streitwerts folgt aus [Â§Â 197a Abs.Â 1 S.Â 1 SGG](#)
Â i.V.m. [Â§Â 47](#) Abs.Â 1, [53 Abs.Â 2 Nr.Â 4](#), [Â 52 GKG](#) und berÃ¼cksichtigt,
dass in Verfahren des vorlÃ¤ufigen Rechtsschutzes, die Beitragsangelegenheiten
betreffen, regelmÃ¤Ãig nur ein Viertel des Wertes der Hauptsache einschlieÃlich
etwaiger SÃ¼mniszuschlÃ¤ge als Streitwert anzusetzen ist (st. Rspr. des Senats,
z.B. Beschl. v. 15.05.2023 â [L 8 BA 32/23 B ER](#) â juris Rn. 23).

Â

Dieser Beschluss kann nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht
angefochten werden ([Â§Â 177 SGG](#)).

Â

Â

Â

Erstellt am: 13.11.2024

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024